

Beschluss des Landesausschusses der CDU Hamburg am 7.12.2017

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose: Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern!

Beschluss:

Die CDU Hamburg will „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ für Langzeitarbeitslose fördern. Der Landesausschuss fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich in der Legislaturperiode 2017-2021 des Deutschen Bundestages für ein Modellprojekt „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ für Langzeitarbeitslose in Hamburg mit niedrigen Zugangsvoraussetzungen (Alter: mindestens 25 Jahre / Arbeitslosigkeit: mindestens zwei Jahre) in der Finanzierungsform eines Passiv-Aktiv-Transfers für Unternehmen bürokratiearm einzusetzen.

Die Förderung sollte zunächst mit einer zweijährigen Förderung der Arbeitskosten in Höhe von 75 % für vergleichbare Tarifbeschäftigte beginnen und anschließend degressiv abgebaut werden. Grundsätzlich sollten eine unbefristete Förderung und eine Tätigkeit in Voll- oder Teilzeit möglich sein. Während der Förderung sollten die Langzeitarbeitslosen durch psychosoziale Coachings und Qualifizierung - finanziert aus dem Eingliederungstitel des Jobcenters - in ihrer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung begleitet werden.

Das Modellprojekt soll durch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg begleitet und sowohl während seiner Laufzeit als auch am Ende evaluiert werden.

Begründung:

Trotz der beträchtlichen Erfolge bei dem Abbau der Arbeitslosigkeit seit den sogenannten „Hartz-Reformen“ und der guten wirtschaftlichen Lage, für die die unionsgeführte Bundesregierung die Weichen gestellt hat, stellen wir fest, dass auch in Hamburg bei

sinkender Arbeitslosigkeit eine Gruppe von Menschen verbleibt, die keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden.

Einem Teil der Langzeitarbeitslosen fehlen die Voraussetzungen und die notwendigen Qualifikationen, um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung über einen längeren Zeitraum hinweg erfolgreich aufzunehmen. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht nach neuen Wegen suchen können, um mehr Menschen eine Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen und Ihnen damit die Möglichkeit geben, wieder ein Teil der Arbeitswelt zu sein. Für viele Menschen ist dieses auch eine Grundvoraussetzung für ein ausgefülltes Sozial- und Familienleben.

Daher wollen wir in Form eines mehrjährigen Modellprojekts in Hamburg Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern und dieses wissenschaftlich durch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg begleiten und evaluieren lassen. Um die Zugangsvoraussetzungen möglichst niedrig zu halten, sollte sich das Modellprojekt an Langzeitarbeitslose mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung richten sowie, ähnlich wie bei den Arbeitsgelegenheiten, je nach Lebenslage und persönlicher Leistungsfähigkeit, auch die Tätigkeit in Teilzeit ermöglichen.

Weil es sich bei den in dem Rahmen des Modellprojekts geförderten Arbeitsverhältnissen um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse handeln würde, wäre es auch nicht notwendig, dass die Arbeiten als „zusätzlich“ im sozialrechtlichen Sinne eingestuft werden müssten.

Die Einrichtung und der Aufbau dieser Angebote – beispielsweise in Integrationsbetrieben – sind im erforderlichen Umfang nur finanzierbar, wenn der Passiv-Aktiv-Transfer ermöglicht wird.

Beim Passiv-Aktiv-Transfer werden Leistungen, die Langzeitarbeitslose passiv für den Lebensunterhalt bekommen, in Zuschüsse für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt. Die Leistungen setzen sich aus der Regelleistung zum Lebensunterhalt (Bundesmittel), den sogenannten Kosten der Unterkunft (Landesmittel der Freien und Hansestadt Hamburg) sowie den Zuschüssen zur Kranken- und Pflegeversicherung (Bundesmittel) zusammen.

Weiterer Weg:

CDU-Bürgerschaftsfraktion

CDU-Bundesparteitag

CDU/CSU-Bundestagsfraktion